

Herausforderung direkte Demokratie

Die direkte Demokratie hat sowohl positive wie auch negative Seiten – das zeigt das Beispiel der Schweiz, dem Musterland der direkten Demokratie weltweit. Ein Hauptproblem der direkten Demokratie in der Schweiz ist der schwache Minderheitenschutz.

ANGELA HÜPPI

BENDERN. Während vier Abenden hatte sich das Liechtenstein-Institut im Februar mit dem Thema direkte Demokratie befasst. Beim letzten Vortrag gestern Abend ging es um das Musterbeispiel der direkten Demokratie: die Schweiz. Dass die direkte Demokratie zwar viele positive, aber eben auch einige negative Seiten hat, zeigte Adrian Vatter, Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Bern, in seinem Vortrag auf.

Sonderfall Schweiz

Die direkte Demokratie ist in der Schweiz besonders tief verwurzelt: Es gilt das Prinzip, dass alle wichtigen Entscheidungen dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Der Volksscheid genießt höchste Legitimität – das wirkt sich auch auf die Regierungsarbeit aus. Diese funktioniert in der Schweiz nach dem Prinzip der Konkordanz: Die verschiedenen Parteien sind in der Regierung gemeinsam vertreten und erarbeiten zusammen Lösungen. So soll bereits im

Vorfeld verhindert werden, dass gegen eine Entscheidung der Regierung das Referendum ergriffen wird. «Weltweit ist das politische System der Schweiz ein Sonderfall», so Adrian Vatter.

Effizientere Wirtschaft

Der Sonderfall Schweiz bringt viele positive Auswirkungen mit sich. So führt beispielsweise die Möglichkeit eines kantonalen Finanzreferendums dazu, dass effizienter gewirtschaftet wird. Studien von Politikern zeigen, dass Kantone, in denen die Möglichkeit eines Finanzreferendums besteht, eine höhere Wirtschaftskraft haben als solche ohne diese Möglichkeit. Zudem ist die Steuerbelastung dort geringer und es werden weniger Steuern hinterzogen: «Wer mitbestimmen kann, wofür wie viel Geld ausgegeben wird, ist eher bereit, seine Steuern zu bezahlen.»

Dass Bürgerinnen und Bürger, die in einem Land mit einer starken direkten Demokratie leben, glücklicher sind, konnte zwar bisher nicht bewiesen werden. Sie sind aber zufriedener mit dem politischen System. Und wo die Bürger sich direkt-demokratisch



Bild: Elma Korac

Politologe Adrian Vatter sprach über Licht- und Schattenseiten der direkten Demokratie in der Schweiz.

beteiligen können, haben sie auch ein höheres politisches Interesse. «Das sind wichtige Nebeneffekte der direkten Demokratie, die ihren gesellschaftlichen Nutzen illustrieren», so Adrian Vatter.

«Endlager ja, aber nicht bei mir»

Probleme können in einer direkten Demokratie entstehen, wenn es um grosse Infrastrukturprojekte geht. Hier gibt es laut Vatter ein Dilemma: «Oft befürworten Bürger zwar öffentliche Infrastrukturleistungen mit positivem Nutzen für die Allgemein-

heit; wenn diese allerdings in ihrer unmittelbaren Nähe entstehen sollen, stimmen sie dagegen.» So will man beispielsweise ein Endlager für Atommüll, aber nicht in seiner Umgebung – St. Floriansprinzip heisst dieses Phänomen. Trotzdem habe die direkte Demokratie einen entscheidenden Vorteil: «Direktbetroffene akzeptieren auch bei Niederlagen den Mehrheitsentscheid.»

Der dunkle Schatten

Von einem «dunklen Schatten» sprach Adrian Vatter be-

züglich des Umgangs der direkten Demokratie in der Schweiz mit Minderheiten. Als Beispiele nannte er die Minarettinitiative oder die Ausschaffungsinitiative. Allerdings müsse differenziert werden – das Schweizer Stimmvolk ist nicht allen Minderheiten gegenüber skeptisch eingestellt. So gab es in der Schweiz beispielsweise insgesamt 17 Abstimmungen zu den Rechten religiöser Minderheiten. Davon wurden alle 12, die eine jüdische oder christliche Minderheit betrafen, zugunsten der Minderheit entschieden, während alle fünf, die eine muslimische Minderheit betrafen, zu deren Ungunsten entschieden wurden. «Minderheiten, die andere Grundwerte als die Schweizer haben und die als schlecht integriert gelten, werden in der Schweiz eher ausgeschlossen», sagte Vatter.

Zudem gebe es Unterschiede bei den Stimmberechtigten: So stimmen beispielsweise Städter, Welsche, Junge, Frauen und Menschen mit einer höheren Bildung eher für Minderheiten, während Menschen aus ländli-

chen Gebieten, Deutschweizer und Tessiner, Männer, Ältere und Menschen mit mit einem niedrigeren Bildungsstand die Anliegen von Minderheiten eher ablehnen.

Volk und Parlament sind uneins

Adrian Vatter sprach auch von einem «zunehmenden Elite-Basis-Konflikt» in der Schweiz: Besonders in Fragen der Ausländerpolitik und der aussenpolitischen Öffnung klaffen die Meinungen von Parlament und Volk auseinander. Das erkläre auch die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar: Hier trafen beide Themen in einer Abstimmung zusammen.

Die tendenziell skeptische Einstellung gegenüber Ausländern ist ein Problem: Minderheiten sind in der Schweiz ungenügend geschützt. Durch die fehlende Verfassungsgerichtsbarkeit können sie sich gegen Mehrheitsentscheide kaum wehren. Und um einen Minderheitenschutz einzuführen, bräuchte es eine Volksabstimmung – ein Dilemma, aus dem die Schweiz wohl auch in den kommenden Jahren keinen Weg finden wird.